

UM DIE FÜHRUNG DER NATION

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung steht vor großen Aufgaben, die es erfordern, die erworbene Position zu begreifen, die Mittel der Organisation und des Kampfes zu prüfen, die Ziele klar zu umreißen, die Wege, die beschritten werden müssen, deutlich darzustellen.

Neue Aufgaben bedürfen neuer Mittel, und es wäre falsch, Methoden, die in ähnlichen Situationen angewendet worden sind, erneut zu versuchen.

Nichts wäre deshalb für die deutschen Gewerkschaften verderblicher, als jetzt zu Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung vor 1933 zurückzukehren, so verführerisch dieser Weg, weil er die Lösungen scheinbar bereit hält, für viele Gewerkschafter auch sein mag. Nichts wäre leichter, als einen sozialistischen Kurs zu steuern, der gekennzeichnet wäre durch die Forderung der Sozialisierung eines mehr oder minder großen Prozentsatzes der nationalen Produktionsmittel und durch Aktionen, welche die unmittelbare Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und den Ausbau der sozialpolitischen Einrichtungen zum Ziele hätten. Nichts wäre leichter, als gemäß christlicher Sozialdoktrinen sich zu einer Politik der „Nationalen Solidarität“ und des „Sozialen Friedens“ in Fortsetzung der Tradition der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu entschließen.

Im ersten Falle würden die alten Widersprüche der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung augenblicklich wieder deutlich werden. Zwischen der sozialistischen wirtschaftspolitischen Forderung nach „Sozialisierung“ und der tatsächlichen Praxis des Lohnkampfes und des Kampfes um die Verbesserung der sozialpolitischen Position der Arbeiterklasse war eine Lücke, die nur der revolutionäre Enthusiasmus, der sich um die komplizierte Frage der Wirtschaftsorganisation nicht kümmerte, zu verdecken vermochte und die nur der politische Glaube übersehen konnte, daß auf dem Wege der stetigen Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse „das Ziel“ doch von selbst erreicht werden müßte. So ist es zu verstehen, daß die Arbeiterbewegung in der großen Krise von 1929 bis 1934 zu den schwierigen wirtschaftspolitischen Fragen nur erschreckend wenig beizutragen vermochte. Die ideologische Politik der Arbeiterbewegung, die sich durch programmatische Forderungen auszeichnete, welche gegenüber den unmittelbaren wirtschaftspolitischen Fragen nur als moralische Deklamationen aufgefaßt werden können und die Praxis des „Drückens“ mit ihrem Schwergewicht auf sozialpolitischem Gebiet — unter weitgehender Mißachtung der wirtschaftspolitischen und staatspolitischen Bedingtheit jeglicher Sozialpolitik — hat sich in der großen Krise gegenüber den gesellschaftsorganisatorischen Fragen als unbrauchbar erwiesen und sollte in einer fortschrittlichen Arbeiterbewegung nicht mehr ernsthaft zur Diskussion stehen.

Ebenso unzureichend erwies sich auch die jahrzehntelang geübte Praxis der Arbeiterbewegung, in jeder schwierigen wirtschaftspolitischen Situation die Erhöhung der Steuern der großen Einkommen zu fordern. Bis zum Überdruß begegnet man in der Geschichte der Arbeiterbewegung der letzten fünf Jahrzehnte dieser Steuerforderung ohne genügende Rücksicht auf die unmittelbare Notwendigkeit nationaler Investitionen und ohne ausreichende Beachtung der finanzpolitischen Verschiebungen und Verzerrungen, die sich aus solchen partiellen Forderungen zwangsläufig ergeben.

Wenn die liberalistische Bourgeoisie an die optimale Funktion des Preismechanismus glaubte, so war die Arbeiterbewegung jahrzehntlang dem Aberglauben verfallen, daß ihre sozial- und steuerpolitischen Teilforderungen von selbst zu einer optimalen Ordnung der nationalen Produktivkräfte führen müßten, die ihren höchsten Ausdruck in der „Sozialisierung der Produktionsmittel der Gesellschaft“ finden würde.

Die klassische Praxis des Streiks ist Demonstration für diese Erscheinung: Der Streik, entstanden als spontane Notwehraktion gegen unerträglichen Druck des Unternehmers, wurde sehr bald zu einem politischen Instrument der Arbeiterklasse, die als höchste theoretische Form die Lehre vom Generalstreik als Auftakt zur Revolution bezeichnete; er wurde weiter zum klassischen Instrument des Lohnkampfes und der sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen der organisierten Arbeiterklasse. Der Streik erwies sich als das ideale Mittel, um in den einzelnen Unternehmen oder den einzelnen Sektoren der Industrie bestimmte Forderungen unmittelbar durchzusetzen. Er erwies aber auch seine erschreckende Unbrauchbarkeit in Zeiten, in denen die gesellschaftliche Organisation von Krisen geschüttelt wurde. In Situationen, in denen die Lage der Arbeiterklasse am schärfsten bedroht war, erwies sich die Waffe des Streiks als stumpf oder zweischneidig und konnte nur von sogenannten „Revolutionären“ gutgeheißen werden, die die Streikbewegungen, die oft die Organisation der Nation und der Arbeiterbewegung erschütterten, als „revolutionäre Gymnastik“, als „Anzeichen des Reifezustands der revolutionären Situation“ zu analysieren vermochten — und das im Augenblick des vernichtenden Angriffs der Reaktion.

Auch die christliche Arbeiterbewegung vermochte keine großen Beiträge zu den unmittelbaren Problemen der Gesellschaftsorganisation zu leisten. Die christliche — insbesondere die katholische — Soziallehre war (insoweit sie überhaupt von den christlichen Politikern als Grundlage ihres Handelns anerkannt wurde!) eine hohe und proklamierte moralische Norm, die im scharfen Gegensatz zur Wirklichkeit der kapitalistischen Welt gerade in der großen Krise stand. Ihre Tendenz zur „Nationalen Solidarität“, zum „Sozialen Frieden“ verführte allzu leicht zu einer Solidaritätspolitik — mit ihrer unzureichenden und unklaren Zielsetzung des Korporatismus —, deren rechtliche Grundlagen zweifelhaft und deren machtpolitische Voraussetzungen für die Arbeiterbewegung gefährlich waren.

Die große Niederlage des Jahres 1933 war das Fazit unter der Reihe falscher Rechnungen und Praktiken der deutschen Arbeiterbewegung.

II

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist aus der faschistischen Niederlage mit einer Reihe grundsätzlicher und wichtiger Erkenntnisse hervorgegangen:

1. Die demokratischen Grundrechte des Arbeiters und der Arbeiterbewegung dürfen unter keinen Umständen geschmälert werden.
2. Die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung und ihre fortschrittliche Organisationsform müssen unbedingt bewahrt werden.
3. Die politische Demokratie muß ihre notwendige Ergänzung durch wirtschaftsdemokratische Einrichtungen finden.

Im Verlaufe der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung seit 1945 ergab es sich, daß diese Grundsätze zu Folgerungen führten, die zu Beginn des Wiederaufbaus entweder noch nicht oder nur teilweise klar erkannt worden waren.

Die Verhältnisse zwangen aber den deutschen Gewerkschaften nach der Zerrümmung des faschistischen Deutschlands noch andere Aufgaben auf, denen gegenüber sich die alten Begriffe und Praktiken als unzureichend erwiesen. Sie übernahmen einen wichtigen Teil der Arbeit und Verantwortung der Reorganisation der deutschen Gesellschaft in bewußter und oft drückender Selbstdisziplin. Durch ihren großen Anteil am demokratischen Wiederaufbau — den kein sachlicher Beobachter der vergangenen Jahre übersehen kann —, wurden sie nicht nur zur nationalen Vertretung der Arbeitnehmerschaft schlechthin, sie wurden zu einer Säule der Republik, zu einem festen Bestandteil der sozialen Organisation der Nation. Die Politik des „Burgfriedens“ — wie sie vor 1933 bezeichnet worden wäre, in dieser Situation aber nicht mehr bezeichnet werden darf —, die Politik der „Nationalen Solidarität“ hatte aber auch Nachteile, die sich in ihrer Größe und Gefährlichkeit erst heute voll zeigen: sie gestattete den arbeiterfeindlichen und oft antidemokratischen Kräften innerhalb des deutschen Unternehmertums, das „restaurative System“ schrittweise aufzubauen und auszubauen, ein System, in dem alle Hoffnungen einer progressiven Demokratie, einer sozialen Republik der Praxis veralteter und engstirniger wirtschaftlicher und politischer Methoden und Gruppeninteressen geopfert wurden. Diese Errichtung des „restaurativen Systems“ hätte von den deutschen Gewerkschaften wohl kaum durch die Aufgabe der Politik der „Nationalen Solidarität“, durch Streikbewegungen während der schweren Jahre des Wiederaufbaus verhindert werden können. Die deutschen Gewerkschaften mußten erst die bitteren Erfahrungen der Politik der nationalen Solidarität, des einseitigen „sozialen Friedens“ machen; sie mußten weiter erst in eine wirtschaftspolitische Situation kommen, in der durch inflationistische Tendenzen der Reallohn der deutschen Arbeiterklasse von Tag zu Tag schärfer bedroht wird, durch wehrwirtschaftliche Tendenzen die nationale Wirtschaft eine Umlagerung erfährt, die den Wünschen der Arbeiterschaft nicht Rechnung trägt; das liberalistische Wirtschaftsexperiment durch eine „austerity“ abgelöst wird, deren einseitige Strenge offensichtlich ist; sie mußten weiter in eine innenpolitische Situation kommen, in der der Bruch der „Nationalen Solidarität“ den breiten Massen ihrer Mitglieder und Anhänger deutlich und unübersehbar vor Augen steht, in der die Restauration ihre reaktionären und arbeiterfeindlichen Züge klar zeigt, indem sie der deutschen Gewerkschaftsbewegung mit polizeistaatlichen Maßnahmen droht und ihre Aktionen zur Verbreiterung der Demokratie als hochverräterisch bezeichnet. Erst in solcher Situation wird die Unbrauchbarkeit der alten Methoden gewerkschaftlicher Politik unabweisbar. Erst heute kann sich ein neuer Grundsatz gewerkschaftlicher Politik herauschälen:

Die Gewerkschaften müssen nicht nur gesamtpolitische Verantwortung übernehmen — sie müssen die Führung ergreifen im Sinne der Politik einer progressiven Demokratie mit dem Ziele einer sozialen Republik.

III

Den deutschen Gewerkschaften droht die Gefahr, an diese große Aufgabe mit unzureichenden Mitteln heranzugehen. Zwar ist die sozialreformerische und sozialpolitische Einseitigkeit weitgehend überwunden und die Notwendigkeit erkannt, die sozialpolitischen Einrichtungen wirtschaftspolitisch auf lange Sicht hin zu sichern, aber allzu leicht ist der Weg rein programmatischer, wirtschaftspolitischer Forderungen, wie z. B. die Forderung nach Preiskontrolle, die gerade von der breiten Masse der Mitglieder immer wieder erhoben wird. Als eines der

Grundrechte des arbeitenden Menschen in einer sozialen Republik bezeichnen die deutschen Gewerkschaften das Recht auf Arbeit. Diese grundsätzlich richtige Erkenntnis findet ihren Ausdruck in der Forderung nach einer Politik der Vollbeschäftigung. Aber wird nicht mit dieser rein programmatischen Forderung der alte sozialistische Deus ex machina „Sozialisierung“ nur ersetzt und nicht überwunden? In gleicher Weise ist dies mit der programmatischen Forderung nach „sozialer Sicherheit“ der Fall. Diese Forderungen sind an sich richtig und sie entbehren nicht eines propagandistischen bewußtseins- und willensbildenden Wertes, der für eine große Bewegung bedeutungsvoll ist.

Die Forderung und der Kampf um die Mitbestimmung sind in der Gefahr, ähnliche Züge anzunehmen — besonders wenn sie mit wirtschaftspolitischen Hoffnungen verknüpft werden oder wenn man in ihnen gar die Form gewerkschaftlicher Wirtschaftspolitik schlechthin sieht. Die Mitbestimmung ist aber primär eine sozial- und staatsorganisatorische Angelegenheit und ihre Einrichtungen werden erst dann bedeutende wirtschaftspolitische Funktionen erfüllen können, wenn ihnen konkrete Kontroll- und Bestimmungsaufgaben innerhalb einer konkreten Wirtschaftspolitik zugewiesen werden.

Die deutschen Gewerkschaften können ihren Grundsätzen und ihren Aufgaben aber auch dann nicht gerecht werden, wenn sie um der Ordnung des nationalen Lebens willen in einer Politik des einseitigen „sozialen Friedens“ verharren. Sie können nicht mehr allein programmatische Forderungen stellen und warten, bis die gesamtpolitische Situation ihren großen politischen Forderungen günstig zu werden scheint, sie müssen *heute* ihre Kraft einsetzen, um eine politische Situation herbeizuführen, in der ihre Forderungen verwirklicht werden können. Es gibt außerhalb und innerhalb der deutschen Gewerkschaften Ansichten, die solche Aufgaben als den Gewerkschaften nicht gemäß bezeichnen. Die Funktion einer gewerkschaftlichen Organisation ergibt sich aber nicht aus sozialphilosophischen Spekulationen und historischen oder soziologischen Vergleichen, sie kann sich allein ergeben aus den Grundsätzen dieser Organisation, der Stellung dieser Organisation in der Gesellschaft und der politischen Situation, in der sich diese Organisation befindet. Es gibt keine Norm für das Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat, zu den Parteien, zur Kirche — jedes politische Handeln resultiert aus dem Verhältnis von Grundsatz, Ziel, Zweck, Mittel und Macht. Politischen Bewegungen werden historische Aufgaben nicht zugeteilt gemäß theoretischer Ansichten, sondern gemäß politischer Notwendigkeiten. Alle Wege, die von den deutschen Gewerkschaften seit 1945 beschriftet worden sind, haben heute einen Kreuzungspunkt erreicht, an dem die deutschen Gewerkschaften entweder ihre nationale Führungsaufgabe übernehmen werden oder ihre Grundsätze aufgeben müssen.

In der Geschichte der deutschen Gewerkschaften hat es schon zweimal solche Kreuzungspunkte gegeben. Einmal in den Tagen nach dem erfolgreichen Generalstreik als Antwort auf den Kapp-Putsch, in denen die Bildung eines Arbeiterkabinetts scheiterte, was für die weitere Entwicklung der Republik von größter Bedeutung geworden ist — und weiter in den Jahren der großen Krise von 1929 bis 1934, in der direkte Ansatzpunkte für eine Politik zu finden sind, wie sie die deutschen Gewerkschaften heute beschreiten müssen, und deren Scheitern beigetragen hat zur großen Niederlage von 1933.

Der „soziale Friede“ der Nation kann heute nur mehr durch Druck aufrechterhalten werden — entweder durch den Druck der Mittel einer reaktionären Republik oder durch den Druck der Kräfte einer progressiven Demokratie. Die gesamte Nation kann nach den Erfahrungen des Krieges kaum mehr total für

militärische Unternehmungen mobilisiert werden, sie kann nur mehr mobilisiert werden durch eine planvolle Politik, deren Ziele und Mittel von der Mehrheit der Nation akzeptiert werden. Die deutschen Gewerkschaften können eine solche planvolle Politik zwar nicht allein entwickeln, propagieren und tragen, aber sie können in jedem Stadium der Politik eines deutschen National-Plans führend sein. Allein die deutschen Gewerkschaften sind heute in der Bundesrepublik in der Lage, die Initiative zu einer Plan-Politik zu ergreifen. Gerade ihr großer Apparat stellt sie heute in die Lage, diese Aufgabe anzupacken und zu lösen. Ihre sozialwissenschaftlichen Einrichtungen, die Vielzahl der Akademien und Schulen, ihre publizistischen Mittel, die dieser Apparat geschaffen hat, finden ihre optimale Wirkungsmöglichkeit in einer Politik des deutschen National-Plans.

IV

Die Aufgaben der deutschen Gewerkschaften ergeben sich aus der Situation des nationalen Notstands: 1. Die Steigerung des Nationalprodukts; 2. Die optimale Verwendung der nationalen Produktivkräfte; 3. Die optimale Verteilung der nationalen Produktion.

Im Grunde sind alle drei Aufgaben nur verschiedene Seiten ein und desselben Problems — der optimalen Organisation der industriellen Nation. Diese Organisation kann bei der Kompliziertheit der industriellen Organisation der Nation, bei dem Ausmaß an Verzerrungen und Verschiebungen, die sich in der industriellen Organisation der Nation durch den Faschismus, den Krieg, die totale Niederlage, die Industriedemontagen und Einschränkungen, das Einströmen von Millionen neuer Arbeitskräfte und Nichtarbeitsfähiger, die unterschiedliche Verteilung der Lasten des Krieges und des Wiederaufbaus ergeben haben, nur durchgeführt werden, indem zuerst eine umfassende Bilanz der Kräfte der Nation aufgestellt wird, die auch anzeigt, wo eine Steigerung der Produktivität der Nation notwendig und möglich ist und weiter, welche möglichen industriellen Aufschließungen es gibt. Wird schon in der Frage der Bilanz der Produktivkräfte der Nation die Notwendigkeit des Plans sichtbar, so erst recht in der Frage der optimalen Verwendung der nationalen Produktivkräfte. Eine optimale Verwendung ist nur möglich, wenn auf einen begrenzten Zeitraum das Ziel der nationalen Produktion sowie Mittel, Wege und Etappen zu diesem Ziel angegeben werden. Nicht der Plan an sich gewährleistet die optimale Verwendung, aber der Plan ist die Kontrollmöglichkeit, um die unbewußte Verschwendung von Arbeitskraft, Kapital oder Ausrüstung zu verhindern. Der Grund der optimalen Organisation liegt zuerst im Willen der Produzierenden, in ihrer Disziplin und in ihren industriellen Fähigkeiten, in der gleichen Weise wie in jedem anderen Wirtschaftssystem. Die Frage der optimalen Verteilung der nationalen Produktion kann in der Situation des nationalen Notstands nicht allein dadurch gelöst werden, daß man unmittelbar die Forderung nach Erhöhung der Löhne erhebt, unmittelbar die Ausweitung und Verbesserung des Systems der sozialen Sicherheit fordert, unmittelbar auf die Bildung von Eigentum der schaffenden Menschen der Nation bedacht ist. Es gibt wirtschaftspolitische Illusionen des Ausgebens und des Sparens, die sich wenig Gedanken machen um die Frage der optimalen industriellen Organisation. Industrielle Neuentwicklung, Vollbeschäftigung, Erhöhung des Lebensstandards, Ausbau des Systems der sozialen Sicherheit, Bildung von Eigentum sind Ziel und Inhalt einer nationalen Plan-Politik; aber in welchem Zeitraum, in welcher Reihenfolge, in welchem Ausmaß sie verwirklicht werden können, ist eine Frage der industriellen Kräfte der Nation. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, daß die Nation sich aus dem Zu-

stande des nationalen Notstands ohne nationale Opfer und ohne nationale Disziplin erheben könnte. Die Politik eines deutschen National-Plans kann nur durchgeführt werden, wenn es gelingt, den Willen der Nation noch einmal zu einer großen kollektiven Leistung zusammenzufassen; sie kann nur durchgeführt werden, indem sie von der organisierten Arbeiterklasse, von den Millionen Mitgliedern der deutschen Gewerkschaften und ihren sympathisierenden Kräften getragen wird; sie kann weiter nur Erfolg haben, wenn die Intelligenz der Nation für sie gewonnen werden kann. Sowohl der Gedanke des deutschen National-Plans wie auch seine sozialwissenschaftlichen und propagandistischen Vorarbeiten können nicht ausgehen von den Organen des restaurativen Systems und von den einzelnen politischen Parteien. Die deutschen Gewerkschaften besitzen die genügend tiefe Verankerung in den schaffenden Massen der Nation; sie verfügen über genügend weltanschauliche und parteipolitische Neutralität; sie sind im Besitze von Mitteln und Institutionen, um die Politik des deutschen National-Plans vorzubereiten und zu fördern; sie haben genügend Macht, um den Feinden einer progressiven Demokratie entgegenzutreten zu können. Sie können die Führung übernehmen in der nationalen Bewegung des Plans, die sich gegen alle richtet, die ihre Privilegien und ihre Macht über eine soziale Ordnung und ein freies Leben der Nation stellen.

Die wirtschaftspolitischen Entwicklungen, das Debakel des liberalistischen Wirtschaftsexperiments, sind einer solchen gewerkschaftlichen Politik günstig. Die Nation wartet auf entschiedene Führung. Die deutschen Gewerkschaften müssen diese Führung übernehmen, bevor die Reaktion nach den schleifenden Zügeln greift. Die Arbeit muß mit allem Ernst, mit aller Leidenschaft, mit aller Kraft begonnen werden.

PAPST PIUS XL:

„Darum ist mit aller Macht und Anstrengung dahin zu arbeiten, daß wenigstens in Zukunft die neugeschaffene Güterfülle nur in einem billigen Verhältnis bei den besitzenden Kreisen sich anhäufe, dagegen in breitem Strom der Lohnarbeiterschaft zufließe. Gewiß nicht, damit der Arbeiter von der Arbeit ablasse — ist doch der Mensch zur Arbeit geboren wie der Vogel zum Fluge —, sondern damit er durch Sparsamkeit seine Habe mehre, durch ihre sorgsame Verwaltung mit größerer Leichtigkeit und Sicherheit die Familienlasten bestreite und der Daseinsunsicherheit, die so recht eigentlich Proletarierschicksal ist, überhoben, nicht bloß den Wechselfällen des Lebens gerüstet gegenüberstehe, sondern noch über dieses Leben hinaus die beruhigende Gewißheit habe, daß seine Hinterbliebenen nicht ganz unversorgt dastehen.“

„Wie dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen; zugleich ist es überaus nachteilig und verwirrt die ganze Gesellschaftsordnung. Jedwede Gesellschaftstätigkeit ist ja ihrem Wesen und Begriff nach subsidiär; sie soll die Glieder des Sozialkörpers unterstützen, darf sie aber niemals zerschlagen und aufsaugen.“

(Quadragesimo anno)